

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse,

in dieser Sitzungswoche kam zum Vorschein, mit welcher bestialischer Gewalt die Nazi-Bande mehr als zehn Jahre vorgehen konnte, ohne dass die Sicherheitsbehörden sie stoppten. Das verlangt eine sorgfältige und umfassende Prüfung aller Ermittlungsspannen. Der Bundestag hat in einer Debatte am Dienstag deutlich gemacht, dass die Politik beschämt ist über das Versagen der Dienste, aber auch beschämt darüber, dass es in Deutschland Menschen mit solchem Hass auf Andere gibt. Rechtsextremismus darf in dieser Gesellschaft keinen Platz haben. Wir sind entschlossen, die Werte dieses Landes, ja die Demokratie an sich wehrhaft zu verteidigen. Denn nichts anderes bedeutet diese grauenhafte Mordserie quer durch die Republik: einen Angriff auf unsere Freiheit, auf die Demokratie. Alle sind gefordert, nicht nur ein Aufstand der Anständigen, sondern, wie es Frank-Walter Steinmeier vor dem Parlament sagte, auch der Anstand der Zuständigen. Behörden und Ermittler vor Ort müssen sich effektiver vernetzen und Politiker dafür sorgen, dass nicht ganze Landstriche veröden und Kommunen ausbluten. Denn dann haben es die Nazis leicht, indem sie ein Auffangbecken für all diejenigen bilden, die sich im Stich gelassen fühlen.

Wie kann es unter diesen Umständen sein, dass die Bundesregierung die Länder und Kommunen durch ihre unsäglichen Steuersenkungspläne mit weiteren 2 Milliarden Euro belasten will? Das führt nicht nur zu höheren Gebühren, das führt auch zu weiterem Abbau der sozialen Stadt – und öffnet der braunen Brut die Möglichkeit, in diese entleerten Räume einzudringen.

Der Kampf gegen Rechtsterrorismus darf nicht erschwert werden durch diskriminierende Klauseln, wie sie das Bundesfamilienministerium führt, bei denen viele (linksgerichtete), aber eben nicht alle Initiativen, die Fördergelder für den Kampf gegen Nazis beantragen, beweisen müssen, dass sie zur Demokratie stehen. Wenn, dann muss das für alle gelten. Hier entlarvt sich die wahre ideologische Haltung von Ministerin Schröder.

Es führt kein Weg an einem Verbot der NPD vorbei. Diese so genannte Partei ist rassistisch und gewaltbereit, sie muss aus den Parlamenten verschwinden. Am besten wäre es, die Menschen wieder so zu motivieren, dass sie mehr zur Wahl gehen, dass sie demokratische Parteien wählen und damit selbst die Nazis aus den Parlamenten verbannen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen von uns ein Signal bekommen, dass Rechtsextreme keine Alternative sind.

Das andere große Thema war natürlich der Bundeshaushalt. Schwarz-Gelb hat erneut bewiesen: Sie können es nicht. Sie können nicht sparen, sie können den Haushalt nicht managen. Wer in Zeiten von mehr als guten Einnahmen die Neuverschuldung trotzdem in die Höhe treibt, der hat jegliche Seriosität und Anspruch auf Glaubwürdigkeit verloren. Das ist verantwortungslos.

Mit herzlichen Grüßen

Eure Petra Ernstberger

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE STEFAN HINTERMEIER, ALEXANDER LINDEN, ANJA LINNEKUGEL,
JOHANNA TIGGES
TELEFON (030) 227-510 99 / E-MAIL REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 25.11.2011 12.00 UHR

Inhaltsverzeichnis

- | | | | |
|----|--|----|--|
| 02 | TOP-THEMA: Debatte zur Mordserie der Nazi-
bande | 08 | Generalaussprache zum Haushalt |
| 04 | Warum die Mittel für Extremismusprävention
erhöht werden müssen | 10 | Was aus Sicht der SPD-Fraktion für 2012 zu
tun ist |
| 06 | Werkstatträtekonferenz | 12 | Europarat-Kampagne gegen Gewalt an
Kindern unterstützen |
| 07 | Mittelfristiger Finanzrahmen der EU | 12 | Kinderrechte stärken |

INNERES

Debatte zur Nazi-Mordserie: Steinmeier fordert den „Anstand der Zuständigen“

Anlässlich der grausamen Mordserie der Neonazi-Bande kam das Plenum zu einer vereinbarten Debatte zusammen. Am Morgen des 22. November verabschiedeten alle Parteien im Bundestag einen gemeinsamen, interfraktionellen Entschließungsantrag (Drs. 17/7771), der die rechtsextremistischen Terrorakte aufs Entschiedenste verurteilt. Darin heißt es: „Wir sind zutiefst beschämt, dass nach den ungeheuren Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes rechtsextremistische Ideologie in unserem Land eine blutige Spur unvorstellbarer Mordtaten hervorbringt.“

Alle Fraktionen erwarten eine konsequente und zügige Aufklärung der Morde und der möglichen Verstrickung einzelner Sicherheitsbehörden in das rechtsextremistische Milieu.

In klarer Offenheit steht in dem Antrag, dass die „nun bekannt gewordenen Zusammenhänge dieser unmenschlichen Verbrechen auf traurige Weise belegen, dass die Strukturen der Sicherheitsbehörden auf Bundes- und Länderebene dringend überprüft werden müssen.“

Die Bundestagsfraktionen erklären schließlich darin: „Wir stehen ein für ein Deutschland, in dem alle ohne Angst verschieden sein können und sich sicher fühlen – ein Land, in dem Freiheit und Respekt, Vielfalt und Weltoffenheit lebendig sind.“

Zu Beginn der Debatte entschuldigte sich Parlamentspräsident Norbert Lammert (CDU) im Namen des Hauses bei den Angehörigen der Opfer. Der Bundestag wisse um seine Verantwortung und sei bestrebt, alle Hintergründe aufzuklären. Der Schutz von Leib und Leben habe in diesem Land für jeden Geltung, unabhängig von Herkunft, Glauben oder Orientierung.

300 Polizisten ermitteln

In der anschließenden Diskussion im Bundestag erklärte der Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), dass rund 300 Polizisten in den inkriminierten Fällen ermitteln und eine so genannte Verbunddatei, auf die alle Sicherheitsbehörden zugreifen können, erstellt werde. Außerdem entstehe ein gemeinsames Terrorabwehrzentrum gegen Rechtsextremismus, an dem Bund und Länder beteiligt seien.

Nach Friedrich redete SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Er lobte zunächst die Worte Lammerts als angemessen und würdevoll. Dann schilderte Steinmeier ganz persönliche Empfindungen. „Ich bin fassungslos darüber, dass junge Deutsche mit solch einem

bestialischen Eifer andere, friedliche Menschen umbringen.“ Der alte Geist von Fremdenhass in Deutschland atme offenbar noch. Es falle ihm schwer zu glauben, dass es möglich gewesen sein soll, dass diese Bande mehr als zehn Jahre „unbehelligt“ morden konnte. „Das kann man kaum ertragen“, sagte Steinmeier.

Er empfinde Scham und Trauer – und große Wut. Wut auch deshalb, weil noch immer Formulierungen wie „Döner-Morde“ benutzt würden – von Medien und Menschen. Solch ein zynischer Begriff impliziere schon die Haltung, hier handele es sich um Fremde, um ein Milieu quasi vor den Toren der Stadt, mit dem man nichts zu tun habe. „Das waren Menschen, die zu uns gehörten“, rief er empört in den Saal. Die Vermeidung solcher latent feindlicher, herabwürdigender Begrifflichkeiten müsse am Anfang aller Aufklärung stehen.

Anstand der Zuständigen

Steinmeier stellte in den Raum, dass, wenn rechtsextremer Terror wie hier systematisch geschehe, das ein Angriff „auf das demokratische Gemeinwesen“ sei, ja „auf uns alle“. So oft werde er, genau wie andere Politiker, eingeladen Reden zu halten bei Gedenkfeiern, zur Einweihung von Gedenkstätten, dort werde viel über rechte Gewalt und Neonazitum gesprochen, doch die Dimension dieses zehn Jahre dauernden Mordens schockiere ihn. „Dass die so lange dazu fähig waren, ist auf beschämende Weise ein Versagen des Staates“. Das müsse Konsequenzen haben. Und dazu brauche man nicht nur den altbekannten Aufstand der Anständigen. „Nein, wir brauchen auch den Anstand der Zuständigen!“, forderte Steinmeier. Aufklärung müsse geschehen, wie es sein könne, dass der ungeheuerliche Verdacht im Raum stehe, dass einzelne Verfassungsschutzämter in das Milieu der Nazi-Mörder involviert waren. Offenbar war es sogar so, dass V-Leute das Trio und deren Unterstützer warnten. Warum, fragte Steinmeier, seien V-Leute dabei gewesen, als Aktionen abgebrochen wurden?

Es sei anscheinend die Grundphilosophie einiger Sicherheitsbehörden gewesen, dass es in Deutschland keine organisierte rechte Gewalt gebe. Es habe immer nur geheißt, das seien Einzeltäter oder Waffennarren. Steinmeier: „Es konnte also nicht sein, was nicht sein darf“. Doch bei annähernd 140 Todesopfern rechtsextremistischer Gewalt könne davon keine Rede sein. Horden von V-Leuten hätten keine Hinweise auf die Anschläge gegeben, wofür brauche man sie dann noch, fragte er.

Die „braune Brut“ habe überall dort Chancen, „wo sich der Staat zurückzieht“, in Kommunen etwa. Sie könne dort auftrumpfen, wo man sie gewähren lasse. Auch deshalb müsse man die NPD, die tief in die Gemeindegarbeit mancher Kommunen verstrickt ist, verbieten. Denn das seien Nazis mit Bügelfalten. „Aber sie gehören alle zusammen, Springerstiefel und Bügelfalten-Nazis“, sagte Steinmeier.

Gängelung statt Unterstützung

Empört warf er Familienministerin Kristina Schröder (CDU) vor, dass ihr Haus es genau denjenigen Vereinigungen schwer mache, die gegen Rechtsextremismus kämpfen; sie würden ausgebremst und gegegängelt – Stichwort Extremismusklausel. Dagegen stelle Schröder die Linksorientierten unter Generalverdacht. „Die Jugendlichen, die mutig gegen Rechtsextreme aufbegehren, die müssten Sie schützen, statt zu verdächtigen“, sagte Steinmeier.

„Es gibt in Deutschland keine linksextremen Schlägertrupps, die ganze Regionen terrorisieren und in die Parlamente einziehen“, konstatierte Steinmeier. Und darum könne auch die von Ministerin Schröder betriebene „Äqui-Distanz“ verharmlosend gegenüber rechter Gewalt sein. Wer in Deutschland die wichtigen zivilgesellschaftlichen Gruppen weiter wolle, der müsse die Kürzungen in der politischen und sozio-kulturellen Bildung zurücknehmen, forderte er. Steinmeier: „Sorgen Sie dafür, dass in diesem Land Fremdenhass und brauner Sumpf, Nazis in Springerstiefeln oder mit Bügelfalte nie wieder eine Chance haben!“

Härtere Gangart der Polizei

Thomas Oppermann, Fraktionsgeschäftsführer der SPD, verlangte eine härtere Gangart gegen Rechtsextremisten. Denn die Behörden hätten es den Mördern einfach gemacht. Es sei Aufgabe des Staates, die Menschen zu schützen. In Richtung von Innenminister Friedrich sagte Oppermann, es bedürfe eines Konzeptes mit erhöhtem Fahndungsdruck und in virulenten Regionen deutlich mehr Polizeipräsenz.

Auch er forderte ein Verbot der NPD: „Diese Partei ist antisemitisch und gewaltbereit. Dazu braucht man keine V-Leute, um das zu erkennen!“ Für ihn ist aber auch klar: „Der stärkste Verfassungsschutz kann nur eine aktive Zivilgesellschaft sein, die gefördert wird.“

Der gemeinsame Entschließungsantrag wurde nach der Debatte einstimmig angenommen.

Die Fraktionen im Deutschen Bundestag trauern um Enver Şimşek und Abdurrahim Özüdoğru aus Nürnberg, Süleyman Taşköprü aus Hamburg, Habil Kılıç aus München, Yunus Turgut aus Rostock, Ismail Yaşar aus Nürnberg, Theodoros Boulgarides aus München, Mehmet Kubaşık aus Dortmund, Halit Yozgat aus Kassel und Michèle Kiesewetter aus Heilbronn.

Alle Abgeordneten fühlen mit den Angehörigen der Opfer, die geliebte Menschen verloren haben.

Warum die Mittel für Extremismusprävention erhöht werden müssen

Bevor die grauenregende Mordserie der Thüringer Nazi-Bande aufgefliegen ist, wollte die Bundesregierung, speziell im Bundesfamilienministerium, die Mittel für Programme gegen Extremismus für 2012 kürzen. So sollte der Gesamtetat von 29 Millionen Euro auf 27 Millionen Euro sinken. Dann kamen die Pannen rund um die Mordserie an die Öffentlichkeit. Die SPD-Fraktion intervenierte aufs Schärfste bei den Regierungsfractionen, ebenso wie die übrigen Oppositionsfractionen, diese geplanten Kürzungen zurückzunehmen. Schließlich knickte die Bundesregierung ein: Die Kürzungen in dem Titel werden zurückgenommen. Das reicht aus Sicht der SPD-Fraktion aber nicht.

In einem Änderungsantrag (Drs. 17/7817), über den am 24. November im Plenum abgestimmt wurde, fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Regierung auf, die Mittel für Extremismusprävention um 3 Millionen Euro auf dann 30 Millionen Euro zu erhöhen. Diese 3 Millionen sollen für die Förderung von Beratungsnetzwerken eingesetzt werden.

Die SPD-Fraktion begründet das wie folgt: Vielerorts wurde der Aufbau demokratischer zivilgesellschaftlicher Strukturen vorangetrieben. Die Programme Civitas, Entimon und „VIELFALT TUT GUT“ haben innovative Modellprojekte hervorgebracht. „VIELFALT TUT GUT“ hat zudem deutschlandweit 90 Lokale Aktionspläne gefördert, die der Vernetzung lokaler Akteure mit kommunalen Verwaltungen dienen. Die durch das Programm „kompetent. für Demokratie“ geförderten Opferberatungen und Mobilen Beratungsteams leisten eine unschätzbar wichtige Arbeit und werden immer professioneller.
Programme von Sozialdemokraten erschaffen

Die Bekämpfung von Gewalt und Rechtsextremismus und die Förderung von Vielfalt und Demokratie haben einen hohen Stellenwert und sind eine dauerhafte gesellschaftliche Aufgabe.

Das gesellschaftliche Engagement gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit ist zu verstärken, entsprechende präventive Initiativen und Programme sind daher auszubauen.

Gegenwärtig leiden viele Träger unter der Kurzfristigkeit und Prekarität ihrer Finanzierung. Gelungene Modellprojekte können deshalb oft nicht langfristig etabliert werden, Organisationswissen geht verloren, qualifiziertes Personal wandert ab.

Trotz der erfolgreichen Bundesprogramme – die fast überwiegend von Sozialdemokraten erfunden wurden – hat Deutschland weiterhin große Probleme mit organisiertem Rechtsextremismus – darum besteht kein Anlass zur Entwarnung. Neonazis und andere Rechtsextreme gehen weiter mit Straftaten und Gewalt gegen Andersdenkende und die Verfassungsordnung vor.

Die Rechtsextremen sind gerade da stark, wo die Zivilgesellschaft schwach ist. Der Erhalt und die Stärkung der bestehenden Trägerlandschaft sind in diesen Gebieten besonders wichtig. Denn die Stärkung der Demokratie und der Demokratinnen und Demokraten ist der beste Verfassungsschutz.

Kampf gegen Rechts finanziert Kampf gegen Links

Nun behauptet die Kanzlerin allerorten, noch nie seien die Mittel für Extremismusprävention so hoch gewesen wie unter dieser Bundesregierung. Das ist so nicht korrekt. Zwar sieht es auf den ersten Blick so aus, dass insgesamt rund 2,4 Millionen Euro mehr für Extremismus 2011 vorgesehen waren. Für den Kampf gegen Rechtsextremismus aber wurden die Gelder für 2011 um 2,7 Millionen Euro gesunken. Außerdem ist das Wort Extremismus ein Subsumierungsbegriff – er vereinigt schlicht alles. Denn es geht in dieser Debatte, bei diesen furchtbaren Gewalttaten, nicht um Linksextremismus, sondern um klaren Rechtsextremismus, und da sind die Mittel eben gekürzt worden. Dafür aber wurden die Gelder für den Kampf gegen Linksextremismus um 5 Millionen Euro erhöht. Im Grunde heißt das: Initiativen gegen Linksextremismus werden zur Hälfte durch Mittel gegen Rechtsextremismus finanziert.

Außerdem wurde das Budget der Bundeszentrale für politische Bildung um Millionen gekürzt – einer Einrichtung die essentiell für den Kampf gegen Extremismus ist.

Es stellt sich auch die Frage, warum nicht alle Vereine und Initiativen sich der Extremismusklausel (der Demokratie Treue schwören etc.) unterwerfen müssen. Der Bund der Vertriebenen etwa muss das nicht. Warum? Die Extremismusklausel ist in Wahrheit keine Extremismusklausel, sie ist eine Diskriminierungsklausel. Es geht nicht darum, dass die Vereine sich bekennen müssen, es geht darum, dass es nicht alle müssen. Wie erkennt man denn, ob jemand mit den Geldern Schindluder betreiben will? Und wer ist besser oder schlechter in seiner Absicht? Und wer will das entscheiden?

NPD ist scheinlegaler Arm der Rechtsterroristen

Zudem: Die Familienministerin Schröder behauptet perfide, es seien ja noch nicht einmal alle Gelder gegen Extremismus in ihrem Haus abgerufen worden von den Initiativen, mehr als 8 Millionen seien noch übrig. Dabei weiß jeder, der sich damit beschäftigt, dass es völlig normal ist, dass die Gelder gegen Ende eines Jahres erst komplett abgerufen werden, klassischerweise Anfang Dezember. Jetzt auf diese Weise zu reden, entlarvt die wahre, ideologisch verbrämte Haltung dieser Ministerin.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird weiter Konzepte erarbeiten zum Kampf gegen Rechtsextreme und Neonazis, sie wird Veranstaltungen in ganz Deutschland durchführen, um die Menschen weiter aufzuklären und zu hören, wo die Menschen vor Ort Hilfe brauchen beim Engagement gegen Neonazis. Eines der Ziele ist ein Verbot der NPD in spätestens zwei Jahren. Denn diese Partei ist der scheinlegale Arm eines gewalttätigen braunen Netzwerks rund um die Terrorzelle aus Thüringen. Damit ist eine neue Qualität erreicht. Die SPD-Fraktion wird dafür kämpfen. Denn der Kampf gegen Rechtsextremismus gehört zum Selbstverständnis der Sozialdemokratie.

ARBEIT

6. Werkstattträtekonzferenz: Volle Arbeitnehmerrechte für Behinderte

Die SPD-Bundestagsfraktion hat zum sechsten Mal zur Werkstattkonzferenz Vertreterinnen und Vertreter aus Werkstätten für Menschen mit Behinderung nach Berlin eingeladen. In diesem Jahr zogen 230 Teilnehmerinnen und Teilnehmer Bilanz über die seit zehn Jahren gesetzlich festgeschriebenen Mitwirkungsrechte von Beschäftigten in Behindertenwerkstätten. Gleichzeitig wurde über Anforderungen an ihre Weiterentwicklung diskutiert.

Seit 2006 lädt die SPD-Bundestagsfraktion einmal im Jahr nach Berlin zur Werkstattträtekonzferenz ein. Jedes Jahr nahmen mehr Menschen daran teil. Am 23. November 2011 folgten 230 Werkstattträte aus dem gesamten Bundesgebiet der Einladung der Sozialdemokraten nach Berlin. Mittlerweile gehört die Werkstattträtekonzferenz der SPD-Bundestagsfraktion zu den größten Veranstaltungen, die den Austausch zwischen Politik und Menschen mit Behinderung fördern.

Die Werkstattträte vertreten analog zu Betriebsräten die Interessen der Beschäftigten in Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Die rot-grüne Bundesregierung hat die seit 2001 bestehende Werkstättenmitwirkungsverordnung eingeführt. Auf ihrer Basis wirken heute die Werkstattträte für die insgesamt 280.000 Beschäftigten in den Werkstätten mit. Um sich besser einzumischen haben die Werkstattträte auch eine eigene Bundesvereinigung gegründet, für die Finanzierung der regionalen und überregionalen Arbeit hat sich die SPD in der Großen Koalition erfolgreich eingesetzt.

Ziel ist: Behinderte und Nichtbehinderte arbeiten zusammen in einem Betrieb

Aktuell wird auch viel darüber diskutiert, dass längst nicht alle Beschäftigten in Werkstätten dort arbeiten müssten. Viele von ihnen wollen eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt in einem Unternehmen. Auf der anderen Seite benötigen die Menschen häufig auch noch den Schutz, den eine Behindertenwerkstatt ihnen bietet. Die UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderung schreibt in Artikel 27 das Recht auf Teilhabe in einem offenen und zugänglichen Arbeitsmarkt fest. Deshalb wollen auch viele Werkstattträte ihren Betrieb zu einem sog. inklusiven Unternehmen weiterentwickeln, in dem Behinderte und Nichtbehinderte gleichberechtigt miteinander arbeiten.

Die Bundesvereinigung der Werkstattträte hat ein Positionspapier entwickelt, dass auf der Konferenz am 23. November von Werkstattträten, Abgeordneten der SPD, Vertreterinnen und Vertretern der Werkstätten und Gewerkschaften diskutiert wurde. Fazit der Veranstaltung: Es gibt noch vieles zu diskutieren, und es liegt ein langer Weg zur gleichberechtigten Teilhabe vor uns, aber wir müssen uns gemeinsam auf den Weg machen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird diesen Prozess nicht zuletzt mit der Werkstattträtekonzferenz weiter fördern.

Die Ergebnisse der Werkstattkonzferenz wird die SPD-Bundestagsfraktion mit ihrer Behindertenbeauftragten Silvia Schmidt in den Prozess der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention einbringen.

EUROPA

Politische Prioritäten für den Mittelfristigen Finanzrahmen der EU setzen

Eine der wichtigsten Aufgaben der Europäischen Union in den kommenden Monaten ist die Aufstellung des Mittelfristigen Finanzrahmens (MFR) für den Zeitraum von 2014 bis 2020. Dieser EU-Haushalt muss tragfähig und auf die zentralen Herausforderungen der EU zugeschnitten sein. Das Europäische Parlament hatte am 8. Juni 2011 erstmalig pro-aktiv vor dem legislativen Vorschlag der EU-Kommission seine Haltung zum MFR festgelegt. Am 29. Juni 2011 legte die EU-Kommission ihren Vorschlag vor.

EU-Mitgliedstaaten sind durch Krise belastet

In der gesamten Europäischen Union sind die öffentlichen Finanzen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise stark belastet worden. Die EU-Mitgliedstaaten stehen unter dem Druck, ihre nationalen Haushalte konsolidieren zu müssen. Dies wird die Verhandlungen über den neuen MFR ab 2014 entscheidend prägen. Zudem müssen die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede in der EU ausgeglichen werden. Stichworte sind hierfür sind die Struktur- und Kohäsionspolitik.

Finanzieller Rahmen für Europas Neuaufstellung nach der Krise

Der MFR für den Zeitraum von sieben Jahren von 2014 an gibt den finanziellen Rahmen der EU für die Neuaufstellung Europas nach der Krise und für den weiteren europäischen Integrationsprozess vor. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu den Antrag „Für einen progressiven europäischen Haushalt – Der Mehrjährige Finanzrahmen der EU 2014 – 2020“ (Drs. 17/7808) ins Parlament eingebracht. Diesen hat der Bundestag am 24. November im Bundestag diskutiert.

EU-Haushalt an Wachstumsstrategie „EU 2020“ orientieren

Mit ihrem Antrag wollen die Sozialdemokraten im Vorfeld der MFR-Verhandlungen in Europa, gegenüber der Bundesregierung eine grobe Leitlinie formulieren. Denn neben den Verhandlungen über die konkreten Haushaltsgrößen im Verhältnis zwischen alten und neuen Mitgliedstaaten und innerhalb der jeweiligen Haushaltsrubriken, kommt es auf die strategische und politische Ausrichtung des europäischen Budgets an. Ein Großteil der Mittel soll in zukunftsorientierte Haushaltsrubriken fließen. Die Finanzen der EU müssen zu einem glaubwürdigen und substantiellen Baustein der neuen Wachstumsstrategie „EU 2020“ werden und die neuen Aufgaben der EU nach dem Vertrag von Lissabon angemessen abbilden. Sie müssen nachhaltiges Wachstum generieren, Beschäftigung fördern und wichtige Zukunftsfelder, wie Forschung, Innovation, Bildung und Energieeffizienz voranbringen. Sie sollen darüber hinaus helfen, die für die Union schädlichen Wettbewerbsunterschiede zu überwinden und den sozialen Zusammenhalt in der EU unterstützen.

Forderungen der SPD-Fraktion

Konkret fordert die SPD-Fraktion unter anderem, dass der neue MFR nach den Grundsätzen der effektiven Mittelverwendung, der Konzentration auf einen europäischen Mehrwert und der europäischen Solidarität ausgerichtet wird. Es soll keine Finanzierungsinstrumente (Schattenhaushalte) außerhalb des Haushaltsrahmens geben, und alle europäischen Projekte sollen einer parlamentarischen Kontrolle unterliegen. Der Gesamthaushalt der Union soll ein Volumen von 1,11 Prozent des Bruttonationaleinkommens nicht überschreiten. Im Rahmen der politischen Gewichtung der Ausgaben soll der Agrarsektor neu ausgestaltet werden. Dazu hat die SPD-Fraktion bereits in zwei Anträgen (Drs. 17/2479, 17/6299) Eckpunkte vorgelegt. Außerdem sollen neue Eigenmittelquellen der EU wie z. B. eine europäische Finanztransaktionssteuer oder eine europäische Körperschaftsteuer geprüft werden. Ihre Einführung würde zur Rückführung der nationalen Beiträge führen.

Hintergrund zum Mittelfristigen Finanzrahmen der EU

Zwischen dem Europäischen Parlament und dem Europäischem Rat hatte es Ende der 70er- und zu Beginn der 80er-Jahre heftige Auseinandersetzungen bei den jährlichen Budgetverhandlungen gegeben. Dadurch wurde der EU-Haushalt 1979, 1982 und 1984 abgelehnt.

Die EU-Kommission musste während dieser Zeit mit dem System der provisorischen Zwölfstel arbeiten. Das bedeutet, dass die monatliche Nutzung des Budgets einer Haushaltsrubrik entsprechend der Beträge aus dem Vorjahr gestaltet wird. Dadurch konnte zwar die Arbeit der EU fortgeführt werden, aber die Einführung neuer Initiativen und Maßnahmen war nicht möglich.

Um dies für die Zukunft zu verhindern, führte der damalige Präsident der EU-Kommission, Jacques Delors, die „finanzielle Vorausschau“ ein. In diesem mehrjährigen Rahmen musste sich das jährliche Budget bewegen. Damit sollte haushaltspolitische Stabilität für die Schaffung des gemeinsamen Binnenmarktes erreicht werden. Dieses Vorgehen hatte sich bewährt, so dass die „finanzielle Vorausschau“ regelmäßig angewandt wurde. Das europäische Parlament war an der Beschlussfassung jeweils durch ein zwischeninstitutionelles Abkommen beteiligt. Die „finanzielle Vorausschau“ hat Gesetzescharakter, sie kann deshalb nicht einfach geändert werden.

Durch den Lissaboner Vertrag wurde die „finanzielle Vorausschau“ als „Mehrjähriger Finanzrahmen“ Bestandteil des Vertrages. Der Europäische Rat entscheidet einstimmig über den Finanzrahmen, nach der Zustimmung durch die Mehrheit des Europäischen Parlaments.

HAUSHALT

Gabriel in Generalaussprache: „Merkel verwechselt Schuldenbremse mit Gaspedal“

In 2. Und 3. Lesung hat der Deutsche Bundestag am 23. November den Haushalt für das Jahr 2012 beraten (Drs. 17/7123 und 17/7124). Die Aussprache wird von der Opposition klassischerweise als Generalabrechnung mit der Politik der Bundesregierung genutzt. Für die Fraktion der SPD sprach als erster der Parteichef Sigmar Gabriel. In einem Rundumschlag legte er die Widersprüche und Unzulänglichkeiten der Merkel-Politik offen.

Gabriel stellte fest, um das Versagen der schwarz-gelben Koalition zu erkennen, benötige man nur drei Zahlen. Erstens die Zahl 22 Millionen Euro. So hoch sind die neuen Schulden für das Jahr 2011. Zweitens die Zahl 4,3 Milliarden Euro. So hoch sind die Steuermehreinnahmen und die gesunkene Zinsbelastungen für 2011. Und drittens die Zahl 26 Milliarden Euro. So hoch ist die Neuverschuldung 2012.

Dass die Bundesregierung in einer Zeit, in der die deutsche Wirtschaft so gut dasteht wie nie seit der Wiedervereinigung, in der die Einnahmen extrem hoch und die Arbeitslosenzahl extrem niedrig ist, dennoch neue Schulden macht, ist für Gabriel inakzeptabel. „Sie stellen die Schuldenbremse des Grundgesetzes auf den Kopf“, schimpfte er und sagte in Richtung von Kanzlerin Merkel (CDU): „Sie verwechseln die Schuldenbremse mit dem Gaspedal. Dabei haben Sie immer gesagt, Sie wollen intelligent sparen – tja, das nennt man dann wohl eine Intelligenzbestie ...“

Gerade weil es Deutschland so gut wie lange nicht gehe, sei der Abbau von Schulden vorrangig.

Stattdessen beschäftige sich die FDP beispielsweise lieber mit ihren Versorgungsfällen. Da würden vor der Wahl schnell noch liebsame Mitarbeiter auf hochdotierte Stellen in den Bundesministerien geschoben – allein 166 neu Stellen in hohen Besoldungsgruppen habe das Entwicklungsministerium beantragt, rechnete Gabriel vor. „Ausgerechnet die Partei, die dieses Ministerium immer abschaffen wollte und die über Bürokratieabbau schwadroniert, bläht ihren Apparat auf“, konstatierte Gabriel.

Ausbluten der Gemeinden nützt Rechtsradikalen

Überhaupt sei die ganze Politik der Bundesregierung eine Tagesbaustelle, in der die Meinungen so schnell wechselten wie die Stimmung.

Gabriel nannte als Exempel die alberne Steuersenkung im Umfang von knapp 6 Milliarden Euro. Die sollte ursprünglich den Geringverdienern zugute kommen, behauptete die FDP. Gabriel: „Die haben nichts davon, denn die Geringverdiener zahlen gar keine Steuern. Und ein Durchschnittsverdiener mit 2250 bekäme bei dieser Steuersenkung 4 Euro im Monat.“ Aber selbst das sei eine Mogelpackung. Denn, so klärte Gabriel auf, durch die Senkung würden die Gemeinden und Kommunen um 2 Milliarden Euro belastet – und holten sich das Geld mittels höherer Gebühren wieder zurück.

Etwas anderes aber sei viel gefährlicher. „Wir haben festgestellt, dass das finanzielle Ausbluten von Gemeinden den Rechtsradikalismus stärken kann. Denn überall dort, wo Sportvereine und Jugendeinrichtungen schließen müssen, überall da, wo also sozial entleerte Räume entstehen, dringen Rechtsradikale in sie ein“, rief Gabriel. In Richtung Regierung sagte er. „Sie sind doch auch unserer Meinung, dass man den Rechtsextremismus verhindern muss, aber dann kürzen Sie nicht weiter, sondern helfen Sie mit, eine soziale Gesellschaft zu erhalten!“. Auch die soziale Stadt gehöre dazu, genau wie die Stadtentwicklung ganz allgemein.

Gabriel verurteilte das von der Bundesregierung gewünschte Betreuungsgeld als „verantwortungslos“. 150 Euro sollen Eltern bekommen, wenn sie ihr Kind nicht in eine Kinderkrippe schicken. „Sogar die Bild-Zeitung kann das nicht nachvollziehen“, stellte Gabriel fest. Damit würden Kindern Bildungschancen genommen.

Auch der von der CDU so nicht genannte, aber faktische Mindestlohn-Vorschlag sei ein „Papiertiger“. Denn damit ließen sich Löhne von 3,18 Euro oder 5,33 pro Stunde nicht verhindern. „Solche Löhne sind eine Schande für unser Land“, wettete Gabriel. Denn Altersarmut zum Beispiel entstehe auch durch Erwerbsarmut. Wer Vollzeit arbeite, muss auch ohne Hartz-IV- oder andere Sozialleistungen auskommen können, so Gabriel. „Alles andere ist zutiefst demütigend.“ Dass Merkel ihrem eigenen Arbeitnehmerflügel nun auf dem Parteitag so in den Rücken gefallen sei, verurteilte Gabriel scharf.

Größter Fehler der Kanzlerin

Er ging auch auf die Europa-Politik der Regierung ein. Besonders hervor hob der Parteichef die Tatsache, dass die Bundesbank immer lauter davor warne, dass die Zinsen auch auf deutsche Anleihen steigen könnten, wenn die Politik nicht Herr der Krise werde. Gabriel attestierte Merkel eine arrogante Haltung – „und das, wo Sie doch ständig Ihre Haltung wechseln“.

Der größte Fehler dieser Bundeskanzlerin in ihrer Amtszeit ist für Sigmar Gabriel ihre Arroganz, auf die europäischen Herausforderungen mit nationalen Antworten zu reagieren. Märkte wetten auf die Pleite ganzer Staaten, auf das Auseinanderbrechen der Währungsunion, Zinsen der Krisenstaaten steigen und steigen, Jugendarbeitslosigkeit in den Schuldenstaaten wächst, die EZB wird zu weiterem Staatsanleihenkauf gezwungen – alles das verhindere Merkel nicht. Gerade die Aktionen der EZB seien im Grunde Eurobonds durch die Hintertür. „Das sind Merkel-Bonds“, postulierte Gabriel. Doch das geschehe eben ohne Kontrolle, ob die Staaten denn auch sparen. Und dann stelle Merkel sich hin und sage unschuldig, sie könne ja nichts dafür, die EZB sei eben unabhängig.

Betreuungsgeld ist „gaga“

„Ändern Sie Ihre Politik“, rief Gabriel den Ministerinnen und Ministern zu. Angela Merkel benutze gern das Bild von dem inneren Kompass ihrer Politik. Gabriel: „Dieser Kompass ist kaputt, lassen Sie ihn reparieren! Damit können Sie nicht mehr in See stechen.“

Der SPD-Fraktionsvize Joachim Poß sagte, Merkel habe zwar einen Machtwillen, aber keinen Gestaltungswillen. Er fragte die Bundeskanzlerin direkt:

- „Was tun Sie gegen Kinderarmut?
- Was tun Sie gegen Altersarmut?
- Was soll Ihr dürtiger Pflegebeschluss, der keinen einzigen Experten überzeugt?
- Wo helfen Sie den Kommunen? Sie höhlen nur die Gewerbesteuer aus.
- Was sollen Ihre Bildungsgipfel? Keiner hat etwas gebracht.
- Was soll das Betreuungsgeld? Das ist gaga.
- Wo beheben Sie die Infrastrukturprobleme?
- Warum sparen Sie bei der sozialen Stadtentwicklung?“

Was aus Sicht der SPD-Fraktion zu tun ist

Schwarz-Gelb hat die Haushaltskonsolidierung aufgegeben, steigert die Neuverschuldung und verstößt gegen Geist und Sinn der Schuldenregelung des Grundgesetzes – ein falsches Signal auch für Europa. Das Leitmotiv dieser Regierung zeigt sich besonders in der Haushaltspolitik: Schwarz-Gelb kann es einfach nicht.

Der Bundeshaushalt 2012 und die Finanzplanung bis 2015 folgen diesem Nichtkönnen und steuern Deutschland in eine besorgniserregende Richtung.

Es fehlt ein klares Haushaltsmanagement, eine Bereitschaft zum Sparen. Die Neuverschuldung für das kommende Jahr steigt – und das, obwohl sich Steuereinnahmen deutlich verbessert haben. Damit fehlt es auch an einer Vorsorge für die Refinanzierungskrise der Euro-Länder.

Nicht zuletzt aufgrund dieses Versagens fordert die SPD-Fraktion in einem Entschließungsantrag („Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012“, Drs. 17/7860) die Bundesregierung auf:

- die Schuldenbremse einzuhalten, die eine Verschuldungsgrenze von 25,3 Milliarden Euro für 2012 fordert – die Regierung liegt darüber;
- auf die avisierten Steuersenkungen zu verzichten und Mehreinnahmen zur Schuldenreduktion zu nutzen;
- das Finanzierungskonzept der SPD, „Nationaler Pakt für Bildung und Entschuldung“, umzusetzen inklusive den Spitzensteuersatz ab einem Einkommen von 100.000 Euro für Singles bzw. ab 200.000 Euro für Verheiratete auf 49 Prozent zu erhöhen;

- das Bildungssystem auf allen Stufen zu stärken und so für Chancengerechtigkeit zu sorgen;
- einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem ersten Lebensjahr zu realisieren;
- eine Offensive für Fachkräfte zu starten, die besonders benachteiligte Jugendliche fördert;
- Studienplätze auszubauen, das Hochschulpersonal aufzustocken und die Studienfinanzierung attraktiver zu machen;
- Förderprogramme für die Weiterbildung stärker einzuführen;
- die aktive Arbeitsmarktpolitik zu stärken, u. a. mittels Qualifizierungs- und Weiterbildungsinitiativen, um Teilhabe am ersten Arbeitsmarkt zu gewährleisten;
- die strukturellen Defizite in der Arbeit der Sicherheitsbehörden umgehend zu beseitigen, das NPD-Verbot voranzutreiben, den Kampf gegen Rechtsextreme zu intensivieren;
- die finanzielle Stabilität der Antidiskriminierungsstelle sicherzustellen;
- den Verkehrsetat strukturell um 1 Milliarde Euro zu erhöhen und die Städtebauförderung auszuweiten;
- eine nachhaltige Wirtschaftspolitik einzuleiten, die auch die Modernisierung der Kommunikationsinfrastruktur zur Folge hat;
- Hunger und Armut in der Welt effektiver und stärker zu bekämpfen und dazu alle Finanzierungshebel (Stichwort KfW) zu benutzen;
- das Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ via Gesetzesvorlage aufzuheben;
- die Besetzung der knapp 470 neuen Planstellen und Stellen, die die Koalitionsfraktionen in den Personalhaushalt des Bundes eingebracht haben, zunächst auszusetzen und wie vom Bundesrechnungshof gefordert, zunächst einmal eine Personalbedarfsplanung vorzulegen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat zum Bundeshaushalt 2012 das im September 2011 vom Parteivorstand beschlossene Finanzierungskonzept (siehe oben) vorgelegt (im Haushaltsausschuss unterlegt durch einzelne Anträge), das im Kern gegenfinanzierte Mehrausgaben für Bildung von 2 Milliarden Euro für 2012 vorsieht.

KINDER

Europarat-Kampagne gegen sexuelle Gewalt an Kindern unterstützen

Jedes fünfte Kind ist Opfer sexueller Gewalt, davon geht der Europarat aus. In 70 bis 85 Prozent der Fälle kennen die Kinder die Täter. Doch 90 Prozent der sexuellen Straftaten werden den Behörden nicht gemeldet. Kinder müssen vor sexuellem Missbrauch und sexueller Ausbeutung geschützt werden.

Ende 2010 startete der Europarat eine Kampagne zur Bekämpfung sexueller Gewalt gegen Kinder. Damit sollen vor allem Kinder, Eltern und Erwachsene, die Kontakt zu Kindern haben, sensibilisiert und aufgeklärt werden. Ziel der Kampagne ist es, sexuelle Ausbeutung und sexuelle Gewalt gegen Kinder zu verhindern, die Rechte der kindlichen Opfer zu schützen und die nationale wie internationale Zusammenarbeit zu verbessern. Zudem soll die Ratifikation der Konvention des Europarats zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch und ihre effektive Umsetzung durch alle Mitgliedstaaten des Europarates von der Kampagne begleitet werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu ihren Antrag „Sexuelle Gewalt gegen Kinder umfassend bekämpfen – Kampagne des Europarats unterstützen“ (Drs. 17/7807) in den Bundestag eingebracht, der am 24. November im Parlament beraten wurde. Darin fordern die Sozialdemokraten, dass der Bundestag die Kampagne unterstützen und weiter bekannt machen soll. Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf internationaler Ebene sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche zu bekämpfen, die Ratifizierung der Konvention des Europarats vorzunehmen und auch das Übereinkommen des Europarats gegen Menschenhandel zu zeichnen und zu ratifizieren, da hiervon auch häufig Kinder betroffen sind.

Kinderrechte müssen in Deutschland massiv gestärkt werden

Alle Kinder und Jugendliche haben Rechte. Sie müssen für alle in Deutschland lebenden Kindern und Jugendlichen beachtet werden. Die UN-Kinderrechtskonvention bildet dafür eine wichtige Grundlage. Doch ihrer Bedeutung wird bislang in Deutschland zu wenig Rechnung getragen. Deshalb müssen die Kinderrechte, die in der UN-Kinderrechtskonvention und auch in der Grundrechtecharta der EU, festgeschrieben sind, in der Öffentlichkeit, in Politik und Verwaltung, in der Wirtschaft und in Organisationen breiter bekannt gemacht werden. Hierfür muss sich die Bundesregierung stärker engagieren.

Vier Tage nach dem Internationalen Tag der Kinderrechte hat der Bundestag den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion „Kinderrechte umfassend stärken“ (Drs.17/6920) abschließend beraten. Die SPD engagiert sich seit vielen Jahren dafür, Kinderrechte in Deutschland endlich im Grundgesetz zu verankern, doch Schwarz-Gelb steht auf auf der Bremse.

Die Umsetzung von Kinderrechten muss in Deutschland selbstverständlich sein

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern die Bundesregierung in ihrem Antrag auf, die Gesetzgebung zu überprüfen, inwieweit sie mit den Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention und mit dem darin verankerten Kindeswohlvorrang in Einklang stehen.

Des Weiteren soll die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorlegen, indem rechtliche Änderungen im Aufenthalts- und Asylrecht vorgenommen werden. Dies ist hat die Bundesregierung, seitdem sie endlich im Jahr 2010 ihre diesbezügliche Vorbehaltserklärung zur

UN-Kinderrechtskonvention zurückgenommen hat, bislang versäumt. So werden Flüchtlingskinder weiterhin benachteiligt, denn sie haben z. B. keinen Zugang zum Bildungs- und Teilhabepaket.

Außerdem soll die Bundesregierung endlich einen Gesetzentwurf zur Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz erarbeiten, um damit der UN-Kinderrechtskonvention und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union in der Verfassung zu entsprechen. Die Bundesregierung soll auch prüfen, wie Ombudsstellen in der Kinder- und Jugendhilfe verankert werden können. Dabei sollen die in der Praxis erworbenen Kenntnisse einbezogen werden, um die Rechte von Kindern und Jugendlichen zu stärken.

Darüber hinaus soll der Aktionsplan „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010“ unter der Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen fortgeschrieben werden. Die Bundesregierung soll sich auf der EU-Ebene für die Einrichtung eines Monitoringsystems zur Überwachung der Kinderrechte sowie einen regelmäßigen EU-Staatenbericht, der an den UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes zu übermitteln ist, einsetzen.

Hintergrundinformation:

Am Internationalen Tag der Kinderrechte am 20. November wird weltweit der Geburtstag der UN-Kinderrechtskonvention gefeiert. Die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen ist ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen und besagt, dass bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, das Kindeswohl vorrangig zu berücksichtigen ist. Die Konvention wurde vor 22 Jahren von der UN-Generalversammlung verabschiedet. Die Bundesrepublik Deutschland hatte 1992 bei ihrer Ratifikation mehrere Erklärungen angebracht und diese erst nach vielfacher Kritik auch vom UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes im Juli 2010 zurückgenommen.

Weitere Informationen gibt es auch hier:



www.spdfraktion.de/facebook



www.spdfraktion.de/googleplus



www.spdfraktion.de/twitter



www.spdfraktion.de/youtube



<http://www.spdfraktion.de/flickr>